Stellungnahme zur Eskalation im Nahost-Krieg (Stand 3.12.2023)

Gezeichnet von (in alphabetischer Reihenfolge):

Christiane Averbeck, Geschäftsführende Vorständin, Klima-Allianz Olaf Bandt, Bundesvorsitzender, BUND e.V. Christoph Bals, Policy Director, Germanwatch Jörg-Andreas Krüger, Präsident, NABU e.V. Kristina Lunz, Centre for Feminist Foreign Policy Luisa Neubauer, Fridays For Future Deutschland Dagmar Pruin, Präsidentin, Brot für die Welt Pirmin Spiegel, Vorstandsvorsitzender, Misereor

Acht schreckliche Wochen liegen seit dem brutalen Anschlag der Hamas und dem Beginn der israelischen Militäroperation in Gaza hinter uns. Zum Leid vieler Menschen in Israel kommt das von Tag zu Tag wachsende Leid so vieler Palästinenser:innen hinzu.

Wir möchten unsere Trauer und unsere grenzenlose Solidarität für alle Zivilist:innen ausdrücken. Wir hoffen zugleich, dass Feuerpausen den Weg zu einem Friedensprozess bahnen.

Wir sind zutiefst schockiert vom anhaltenden Terror und dem Hass sowie der Gewalt der Hamas gegenüber jüdischem Leben und Israel, von dem Vernichtungswillen, der sich hier zeigt und verurteilen das aufs Schärfste. Diese Gewalt weckt gerade bei Jüd:innen Erinnerungen an die Ermordung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden, für die unser Land verantwortlich gewesen ist.

Wir fordern die sofortige Freilassung aller Geiseln. Wir sehen den zunehmenden Antisemitismus, in Deutschland, in der Welt, im Internet, möglicherweise bei der COP 28 - und stehen klar gegen ihn ein. Es bricht uns das Herz, dass sich immer mehr Jüd:innen ausgerechnet in Deutschland zunehmend unsicherer fühlen, weil jüdische Menschen und Institutionen zum Ziel von Angriffen werden. Ihre Sicherheit ist uns ein Herzensanliegen.

Wir sind zutiefst entsetzt über das immer größer werdende Leid der Zivilgesellschaft in den palästinensischen Gebieten und die vielen getöteten Menschen. Die humanitäre Situation in Gaza ist katastrophal und wir befürchten, dass sie sich Tag für Tag verschlimmern wird und noch mehr Zivilistinnen sterben! Wir hören die große Sorge vieler Palästinenser:innen in Gaza vor einer weiteren Eskalation der Gewalt. Diese Gewalt weckt auch hier Erinnerungen, Ängste entstehen, vertrieben zu werden und keine Zukunft in Gaza mehr zu haben.

Wir sehen auch steigenden Rassismus, insbesondere anti-muslimischen, in Deutschland, in der Welt, im Internet und stehen klar gegen ihn ein. Wir sehen auch aus der diskursiven Ausgrenzung gespeiste Entfremdung von Muslim:innen in unserem Land.

Wir, als Organisationen, die über ihre Tätigkeit in Deutschland hinaus ebenfalls in internationalen Räumen arbeiten und wirken, können nicht wegschauen, und wir möchten es nicht, wenn Gewalt dramatisch eskaliert und tausende Zivilist:innen sterben. Es ist Zeit, dass alle Geiseln freikommen. Es ist Zeit, dass alle Waffen langfristig schweigen. Es ist unerlässlich, dass endlich Frieden in der Region einkehrt. Und wir richten unseren Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um dazu beizutragen.

Deutschland ist das Land, das nach den USA die meisten Mittel für humanitäre Hilfe für Gaza bereitstellt. Gleichzeitig hören wir Berichte von humanitären Organisationen, dass die

humanitäre Hilfe aktuell bei Weitem nicht ausreicht bzw. nicht bei den wirklich Betroffenen ankommt. Das sehen wir. Wir sehen auch, dass die Hamas und die Hisbollah weiterhin Israel bombardieren und hören die Berichte, dass die Hamas Teile der eigenen Bevölkerung als Schutzschild missbraucht und damit deren Menschenrechte verletzt. Das klare Bekenntnis zu Israels Existenzrecht sowie zum völkerrechtlich verbrieften Recht auf Selbstverteidigung steht für uns außer Frage. Menschenwürde, Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht sind Messlatten, an denen sich das Vorgehen aller Konfliktparteien messen lassen muss.

Gerade in der aktuellen Situation sehen wir auch die Verantwortung der Zivilgesellschaft, die für die Lösung der großen Herausforderungen, etwa für Frieden, Menschenrechte, Klima und Biodiversität, arbeitet, nicht polarisierend, sondern vermittelnd zu agieren. Gerade weil es keine einfachen Antworten gibt, müssen wir jetzt miteinander ins Gespräch kommen, zuhören und gleichzeitig klare Werte vertreten. Wir wollen gemeinsam Solidarität zeigen und uns auch in verteilten Rollen wirkungsvoll für die Lösung großer Menschheitsherausforderungen – etwa der Klima- und Biodiversitätskrise – einsetzen.